

LMV am 6. November 2004 in Marburg/Lahn

Keine Quote für das Radio

AntragstellerInnen: Michael Hack (KV Wetterau), Sarah Sorge (KV Frankfurt), Omid Nouripour (KV Frankfurt), Priska Hinz (KV Lahn-Dill), Olaf Cunitz (KV Frankfurt), Anna Lührmann (KV Main-Taunus), Manuel Stock (KV Frankfurt), Elisabeth Amrein (KV Wetterau), Kai Klose (KV Rheingau-Taunus), Christian Otto (KV Gießen)



Landesverband Hessen

Die Landesmitgliederversammlung hat beschlossen:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen lehnen die Einführung einer Quote für deutsche Musik im Rundfunk ab. Eine solche Quote ist kein geeignetes Instrument, um die Produktion wirklich eigenständiger deutscher oder sogar deutschsprachiger Musik zu fördern. Darüber hinaus ist eine solche Quote ein massiver Eingriff in die künstlerische und journalistische Freiheit von Medienschaffenden. Zudem ist sie dem Gedanken der kulturellen Vielfalt nicht zuträglich.

Wir halten es vielmehr für die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, durch ein profiliertes und mutiges Musikprogramm anspruchsvolle Musik, besonders solche aus den jeweiligen Regionen, zu fördern – wie es in der Sendung „Schwarz-Weiß“ im Hessischen Rundfunk üblich war. Gerade die öffentlich-rechtlichen Sender haben mit ihrem hohen Marktanteil einen ausreichenden Einfluss, um durch eine entsprechende Programmpolitik deutsche Musik zu fördern.

Wir fordern die Programmverantwortlichen und/oder Rundfunkräte öffentlich-rechtlicher wie privater Rundfunkanstalten dazu auf, ihren Einfluss auf die Programmgestaltung geltend zu machen und darauf hinzuwirken, dass interessante deutsche und europäische Musik einen festen Platz im Rundfunk hat. Nur so kann auch eine genuin lokal verankerte Musik unterstützt werden, wohingegen eine Quote tendenziell nur die deutsche Imitation international verbreiteter Normen der industriellen Musikproduktion fördert.

ABSTIMMUNG

Abgegebene Stimmen:

Gültige Stimmen:

Ungültige Stimmen:

JA-Stimmen: Mehrheitlich

NEIN-Stimmen: 3

Enthaltungen: 1

EMPFEHLUNG der Antragskommission

Übernahme

Nichtbefassung

Modifizierte Übernahme

Abstimmung
